

lohn.

Beiträge Steuer-
Reichsmark
jährlich (zehn
40 Reichsmark
Mitte 1920
für das vierte
150 Reichs-

Il sowohl den
rechnung getra-
berücksichtigung
zu entschei-
gen oder das
im einzelnen

ht auf die
Lage sind, den
berechnen. Die
einem Wert-
geholt werden
beit, aus der
ird demnachst
ndere Benach-

In einer An-
präsidenten für
ie Not der
Reichspräsi-
nt dankte mit

präsident mit
benennung mit

seiner Red-

der

ge Versamm-
lands (Be-
Beamten, An-
Lohnverhand-
ter erklärten
schland durch
großen Teil
agt, sofort
stehenden

in der

ußenminis-
Wollfrage
den wäre,
Bericht der
gastliche Be-
u geteilt
urteilgegeben
minister den
der Türkei,

zwei Mit-
und Referen-
delhoof das
wurde per-
vermochte,
Welterstandes

Personen
nach Kores-
innen Baum,
b das Auto
inden, zwei
em drei-
en um.
Weldstone
ersonen ge-

b gemeldet,
aus den
lm. Breite
fer sind
en wird

Associated
ind im
do Dus
bestätigen
gelom-

der Markt

Wissens-
is: Sept.
98,75, Dez.
92, Mai

Wissens-
is: Sept.
98,75, Dez.
92, Mai

Wissens-
is: Sept.
98,75, Dez.
92, Mai

Wissens-
is: Sept.
98,75, Dez.
92, Mai

Wissens-
is: Sept.
98,75, Dez.
92, Mai

Wissens-
is: Sept.
98,75, Dez.
92, Mai

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrums- und Rhetor Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Kabelestr. 8. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Jeslburger Zeitung.

№. 254

Mittwoch, den 16. September

1925

Die Einladung zur Paktkonferenz überreicht.

Marx über den Fall Wirth.

Das Zentrum muß eine Mittelpartei bleiben. —
Warnung vor Entschlüssen lokaler Parteioptionen. —
Der Nachteil des jetzigen Wahlrechts.

In einer Unterredung, die der erste Vorsitzende der Zentrums-
partei, Marx, einem Vertreter der dem Verbo (Verband ober-
schwäbischer Zeitungsverleger) angeschlossenen Hohenzollerischen
Volkszeitung gewährte, brachte Marx zum Ausdruck, daß der
kommende Parteitag des Zentrums zunächst eine völlige Klärung
der Angelegenheit Dr. Wirths bringen müsse; deswegen müsse
auf eine Anwesenheit Wirths auf dem Parteitag der größte
Wert gelegt werden. Die Reise Wirths nach Amerika habe sich
nicht verschieben lassen, da er seine Teilnahme an der Tagung der
Interparlamentarischen Union in Washington zugesagt und
außerdem eine Reihe von Vorträgen übernommen habe. Bis zum
Zusammentritt des Parteitages Mitte November sei jedoch mit
der Rückkehr Wirths zu rechnen. Ueber den Tagungsort sei bis
heute noch keine Bestimmung getroffen. Vielleicht komme Frank-
furt a. M. in Frage, dessen Partei einen entsprechenden Antrag
gestellt habe. Den Kernpunkt aller Erörterungen werde nach
Meinung Marx' auf dem Parteitag die Frage bilden, ob die
Zentrumspartei in gleicher Weise mit rechts wie mit links eine
Koalition eingehen könne. Es scheine, als ob Wirth ein Zusam-
mengehen mit der Linken allein für zweckmäßig erachte. Sein
Marx' Standpunkt sei jedoch der, daß das Zentrum eine
Mittelpartei bleiben und seine Freiheit wahren
müsse, um sich gegebenenfalls nach links oder
rechts zu entscheiden. Eine feste Mehrheit, die Aussicht
hätte, auch über die letzten Reichstagswahlen hinaus zu dauern,
sei nach der augenblicklichen Lage der Dinge und nach den Er-
fahrungen der letzten Wahlen nicht zu erwarten.

Auf eine weitere Frage erklärte Marx, daß er es für un-
bedenklich halte, wenn die theoretischen Erörterungen über den
Charakter des Zentrums in der Presse weiter gehen, jedoch
wäre es vor Entschlüssen von lokalen Par-
teioptionen über eine Stellungnahme
im Falle Wirth, ehe die tatsächliche Sachlage nach allen
Richtungen geklärt sei. Diese Klärung könne nur erfolgen, wenn
der Standpunkt Wirths und der Fraktionsstellung dargelegt wor-
den sei. Dies könne aber erst auf dem nächsten Parteitag erfol-
gen, wo beide Teile ausreichend zu Worte kommen würden. Von
dem nächsten Parteitag müsse weiter erwartet werden, daß
er tatsächlich der Stimmung der Wählerschaft fol-
len Ausdruck verleiht. Das jetzige Wahlrecht habe
u. a. zweifellos den Nachteil, daß es für die Fraktionen
nicht klar die Entwicklung der Stimmung der Wählerschaft er-
kennen lasse. Bei dem früheren Wahlrecht ließ der Ausfall von
Nachwahlen regelmäßig Schlüsse auf die Veränderung der Stim-
mung gegenüber der Hauptwahl zu. Auch die Fraktion müsse
darauf rechnen können, daß die auf dem nächsten Parteitag zuge-
tretenden Meinungen auch tatsächlich den Willen der Mehrheit
der Zentrumswähler wiedergeben. Nur dann könne seine Ent-
scheidung Anspruch auf volle Autorität erheben. Aufgabe der
einzelnen Organe müsse es sein, bis dahin ihren Vertretern auf
dem Parteitag ihre Willensmeinung über die oben berührten
Fragen unmissverständlich zur Kenntnis zu bringen.

Ueber die Wahlrechtsfrage, die erfreulicherweise jetzt
vom Zentrum aus in Fluß zu kommen scheint, hat sich auch der
Abg. Joos dieser Tage in einem Zeitungsartikel zum Falle
Wirth geäußert. Er sagt darüber:

„Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß sich Fra-
ktionen und Partei im Lande in ihrer Meinung nicht mehr
decken. Dieser Zustand ist nicht von heute und er betrifft nicht
nur die Zentrumspartei. In anderen Parteien ist es ähnlich.
Das heutige Wahlrecht, das Wähler und Gewählte in
welchem Abstand voneinander hält, der steigende Druck der
Ständegruppen auf die Auswahl der Kandida-
ten, geistig-seelische Veränderungen, die sich ununterbrochen in
der Wählerschaft beobachten lassen, all das zusammengenommen
ist geeignet, die Partei und ihre Arbeit im Lande
zu beunruhigen. Ist es wahr, was man sich da und dort
zurechnet, daß nämlich das heutige Wahlverfahren
auch Leute, ohne irgendwelche Zentrums-
tradition zum Mandat, zur Macht und zu bestimmtem
Einfluß nicht in der Partei, wohl aber in den Fra-
ktionen gelangen können, dann allerdings muß Span-
nung zwischen Partei und Fraktionen entstehen. Diese Spannung
ist da. Sie muß gelöst werden. Die Partei und ihre Instanzen
sind berufen, es zu tun. Die Lösung kann nur in der Linie der
besten Zentrumsüberlieferung liegen.“

Wie die demokratische Berliner Presse zollt auch die
„Frankfurter Zeitung“ der Rede Dr. Spieckers
starken Beifall. Seine Forderung der freudigen Bejahung der
Republik, eine Forderung, die bekanntlich von einem nicht
kleinen Teile der Zentrums-Wählerschaft abgelehnt wird, obwohl
sie diese Staatsform als die zur Zeit einzig mögliche anerkennt,
wird von dem Blatt energisch unterstützt. Aber, heißt es
dann weiter, mit dem, was Dr. Spiecker ausgeführt habe, sei

Mündliche Darlegungen und ein Memorandum.

Vor dem Beginn eines Gedankenaustausches.

tu. Berlin, 15. Sept. (Tel.) Die Einladung der Mi-
nister zu einer Paktkonferenz ist heute mittags 12 Uhr
durch den französischen Botschafter de Margerie über-
geben worden. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird,
soll der Wortlaut der Einladung Donnerstag früh veröffentlicht
werden.

w. Berlin, 15. Sept. (Draht.) Im Anschluß an den
Besuch des französischen Botschafters suchte heute vormittags der
englische Geschäftsträger in Berlin, Botschafter Abdi-
son, den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, auf
und überbrachte namens der englischen Regie-
rung die Einladung zu der Ministerkonferenz
über den Sicherheitspakt.

tu. Berlin, 15. Sept. (Tel. unseres Korrespondenten.) Die
Einladung der Minister zur Sicherheitskonferenz geschah münd-
lich. Gleichzeitig übergab der Botschafter eine Denkschrift, die
den Inhalt seiner mündlichen Darlegungen schriftlich, aber ohne
Unterzeichnung wiedergibt. Diese Denkschrift ist nur kurz gehalten
und geht davon aus, daß jetzt die Zeit zu mündlichen Besprechun-
gen gekommen sei. Sie schlägt dafür Ende September
oder Anfang Oktober vor. Ueber den Ort der Ta-
gung wird nichts gesagt. Es ist in der Denkschrift nicht
ausdrücklich von einer Konferenz der Außenminister die Rede,
sondern nur von einer Ministerbesprechung. Mit dieser
Fassung ist zweifellos dem Wunsche der Reichsregierung, daß an
der Sicherheitskonferenz nicht nur die Außenminister, sondern
auch weitere Mitglieder des Kabinetts teilnehmen können, Rech-
nung getragen. Die Antwort auf die Einladung wird natürlich
erst erfolgen können, wenn das Reichskabinett sich mit der for-
malen und materiellen Seite der Angelegenheit befaßt hat, was
bekanntlich Montag nächster Woche der Fall sein wird. Im
übrigen dürfte im Laufe der nächsten Tage ein reger Geda-
kenaustausch zwischen Berlin, London und Paris
ausgenommen werden. Dafür spricht auch die Tatsache, daß un-
mittelbar nach dem Empfang des französischen Botschafters der
englische Geschäftsträger bei Dr. Stresemann vor sprach, um mit
ihm über die Entwicklung der schwebenden außenpolitischen Fra-
gen zu sprechen.

w. London, 15. Sept. (Tel.) Der diplomatische Berichtstater
der „Daily Telegraph“ schreibt im Hinblick auf die Schwierig-
keiten, denen Dr. Stresemann möglicherweise im Innern bege-
gen werde, werde nicht angenommen, daß ein erheblicher, wenn
überhaupt ein Einwand dagegen erhoben werden würde, falls
er auf der Konferenz in Begleitung Dr. Luthers
vielleicht noch eines deutschen nationalen Kabinetts-
mitgliedes erscheine. Im Gegenteil würde deren Anwesen-
heit etwaigen Beschlüssen eine repräsentative Bedeutung in den
Augen der Deutschen geben, ohne die sie anderenfalls später zu
Angriffen im Reichstag Veranlassung geben würden. (Hierzu ist
zu bemerken, daß man auf deutschnationaler Seite, wie Äußerun-
gen Graf Westarp und anderer deutschnationaler Publizisten er-
kennen lassen, von einer Teilnahme des deutschnationalen Reichs-
innenministers Schiele an der Paktkonferenz ganz und garnicht
erwartet ist. In Entschlüssen deutschnationaler Versammlungen
wird sogar ganz entschieden gegen die Sicherheitskonferenz und
den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Stellung genom-
men. Die Red.)

Um die Zulassung Polens und der Tschechoslowakei.

tu. Paris, 15. Sept. (Tel.) Von den Morgenblättern heßt
„Matin“ ausdrücklich hervor, daß endgültig beschlossen worden
sei, gleichzeitig zwei Konferenzen einzuberufen,
die sich mit der Ausarbeitung des Rheinpaktes und mit der Zu-
lassung der Schiedsgerichtsverträge Deutschlands mit Polen und
der Tschechoslowakei beschäftigen sollten. Venech und Str-
aynst sollten von Fall zu Fall zu der Konferenz

nicht alles berührt, was zur Sache gehöre. Er habe ganz
richtig bemerkt, daß es sich im Augenblicke keineswegs darum
handeln könne, die Deutschnationalen aus der Verantwortung
zu entlassen. Wahrscheinlich, sie möchten selber sehen, wie sie mit dem
fertig würden, was sie grundsätzlich und auch praktisch über-
nommen hätten. Aber wenn die wahren Republikaner des
Zentrums dafür eintreten, unseren heutigen Staat zu erhalten
und auszubauen, dann dürfen sie auch nicht vergessen, daß sie
auch in der jetzigen Lage eine Politik treiben müssen, die über
kurz oder lang wieder eine engere Verbindung mit den anderen
republikanischen Parteien ermögliche. Es dürfte nicht sein, daß
zwischen diesen Parteien und dem Zentrum ein Riß entstehe,
der nicht mehr heilbar wäre. Schon in der letzten Session des
Reichstages sei einiges geschehen, das für diese Zukunft sehr

über den Rheinpakt zugelassen werden. Das sei
um so verständlicher, als die französische Regierung darauf be-
stehe, daß der Rheinpakt und die Schiedsgerichtsverträge gleich-
zeitig unterzeichnet würden. Man erwarte, daß während der
ganzen Woche Verhandlungen zwischen Berlin und Paris ge-
führt werden, da der französischen Regierung daran liege, jeder
unangenehmen Überraschung aus dem Wege zu gehen und die
Konferenz mit möglichst großer Aussicht auf Erfolg zu eröffnen.
Gegenstand der deutsch-französischen Verhand-
lungen werde in der Hauptsache die Zustimmung Deutsch-
lands zu der Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an
einer allgemeinen Konferenz bilden. Es sei anzunehmen, daß die
Reichsregierung keine Bedenken dagegen vorbringen werde, zu-
mal Chamberlain in vollem Einvernehmen mit Briand und
Straynst von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Aussprache
überzeugt sei.

w. London, 15. Sept. Der diplomatische Berichtstater des
„Daily Telegraph“ schreibt, den wichtigsten und ersten Gegen-
stand der bevorstehenden Konferenz der Außenminister werde
der eigentliche Rheinlandspakt mit seinen Anhängen, den
französisch-deutschen und den belgisch-deutschen
Schiedsvertrag, bilden. Falls und sobald eine Verein-
barung erreicht sei, werde möglicherweise das schwierige
Problem des deutsch-polnischen und deutsch-tsche-
chischen Schiedsvertrages in Angriff genommen werden.
Hierbei würden der tschechische und der polnische Außen-
minister sich an den Beratungen beteiligen, von denen sich die
britischen Delegierten verhältnismäßig, wenn auch nicht völlig,
fernhalten würden, denn wenn auch Großbritannien seine Ver-
pflichtung im Hinblick auf die europäischen Ozeanen überneh-
men wolle, könne es nicht mit Gleichgültigkeit die möglichen
Folgen betrachten, welche die Gruppe östlicher Verträge für es,
als Bürgen der Westgrenzen und der entmilitarisierten Zone
herbeiführen könnten. Anzeichen habe Chamberlain neuer-
dings eingesehen, daß die völlige Abtrennung der
östlichen Verträge von den westlichen nur in
der Theorie und nicht in der Praxis mög-
lich sei.

Mussolinis Teilnahme an der Konferenz.

w. Genf, 15. Sept. (Draht.) Der italienische Delegierte
Grandi, Unterstaatssekretär im Außenministerium, ist von
Rom kommend hier eingetroffen. Er begab sich zu
dem Führer der italienischen Delegation, Scialoja, um diesen
über seine Besprechung mit Mussolini über den Sicherheitspakt
und die Einberufung einer Konferenz zwischen den alliierten
Mächten und Deutschland zu unterrichten.

w. Genf, 15. Sept. (Draht.) Von unterrichteter Seite wird
mitgeteilt, daß Mussolini die Absicht hat, an der Mi-
nisterkonferenz über den Sicherheitspakt teilzuneh-
men, falls er nicht durch unvorhergesehene Ereignisse noch
daran gehindert werden sollte.

Französischer Kabinettsrat.

tu. Paris, 15. Sept. (Tel.) Wie amtlich gemeldet wird,
hat heute morgen ein wichtiger Kabinettsrat stattge-
funten. Ministerpräsident Painleve berichtete über die Lage
in Marokko und Syrien, wo sich die Verhältnisse gebessert
hätten. Außenminister Briand berichtete über die Ergeb-
nisse von Genf und den Stand der Sicherheitsver-
handlungen. Finanzminister Caillaux legte den
Standpunkt dar, den die französische Delegation in Washington
zur Regelung der Schuldenfrage einnehmen wird. Der
Ministerrat billigte einstimmig die Beschlüsse des Finanz-
ministers und erteilte ihm uneingeschränkte Vollmachten für
die Verhandlungen. Painleve erklärte, daß das französische
Oberkommando in Marokko die nötigen Vorbereitungen
treffe, um eine Entscheidung noch vor Beginn der
Regenzeit herbeizuführen.

bedenklich sei. Noch schlimmer sei es aber, daß man weniger
an Wiedergutmachung als an eine neue Vergewaltigung denke,
und zwar in der Frage des Reichsgrünlandes.
Das ist bereits sehr deutlich, aber die „Frankfurter Zeitung“
wird noch deutlicher: „Parteien, die zusammen arbeiten wollen,
die das getan haben, und es für die Zukunft nicht nur nicht
ausschließen, sondern im Auge behalten, wie es ja nicht anders
sein kann, wenn man als einer der obersten Richtpunkte die
lebendige Republik ansieht, — solche Parteien können nicht
beliebige Wege gehen, sondern müssen Kompromisse
schließen oder doch darauf bedacht sein, daß ihre Politik diesem
Kompromissgeiste entspricht. Leider ist das mit dem Reichsgrün-
landesentwurf nicht der Fall. Das Zentrum scheint ganz ver-
gessen zu haben, daß in dieser Sache ein Kompromiss bereits

Die Verhandlungen in Genf.

Vorbereitung einer Weltwirtschaftskonferenz.

tu. Genf, 15. Sept. (Tel.) In der heutigen Vormittags-
sitzung der Völkervereinigung wurde der Bericht der
Frankfurter, der Großindustriellen, folgenden An-
trag ein: „Die Völkervereinigung möge, um das Werk des
Friedens zu fördern, auf breiter Grundlage ein
Komitee zur Vorbereitung einer Weltwirtschafts-
konferenz einberufen. Der Zweck wäre, die wirt-
schaftliche Lage der Welt und insbesondere Europas zu studie-
ren und Vorschläge zu machen für die Überwindung der wirt-
schaftlichen Krise, unter der alle Völker mehr oder weniger lei-
den und in der Frankreich einen der wichtigsten Gründe für
die Entstehung von Kriegen betrachtet.“ Loucheur begründete
hierauf eingehend seinen Antrag. Der finnische Außenminister
J. A. A. erklärte, das Genfer Protokoll habe in seiner heuti-
gen Form zwar verschiedene Mängel; trotzdem trete Finnland
für eine allgemeine Regelung des Sicherheitsproblems ein,
wobei es den größten Wert auf den Ausbau des obligatorischen
Schiedsgerichtsverfahrens lege. Fernand (Brasilien)
forderte an Stelle von regionalen Abkommen den Abschluss von
internationalen Abmachungen. Der griechische Außenminister
Rentis teilte mit, das Griechenland zur Regelung der Frage
eines wirtschaftlichen Zuganges für Bulgarien zum Ägäischen
Meer unter der Mitarbeit des Völkerbundes bereit sei.

Sitzung des Völkerbundesrats.

w. Genf, 15. Sept. (Draht.) Der Völkerbundsrat beschloß,
vom Wirtschaftsausschuß die möglichst rasche Einreichung des
Gutachtens über den Bericht der Wirtschaftskommissionen für
Lauten über die Wirtschaftslage in Österreich zu verlangen.
In diesem Gutachten soll die wirtschaftliche Lage
Österreichs mit seinen Nachbarstaaten im Sinne
der in den letzten Tagen von Genf und Sialo abgegebenen
Erklärungen besonders behandelt werden. Ferner schloß sich der
Völkerbundsrat der vom Wirtschaftsausschuß empfohlenen Resolu-

tion für eine allmähliche Aufhebung der Ein- und Ausfuhrver-
bote und für Zusammenarbeit der technischen Organisationen des
Völkerbundes mit der interparlamentarischen Union zur Ratifi-
kation der vom Völkerbund ausgearbeiteten internationalen
Konvention über Wirtschaftstragen an. Schließlich stimmte der
Rat dem Tätigkeitsbericht der Mandatskommission zu,
wobei er sich dazu verpflichtete, im Falle der Abweisung
oder Überweisung eines Mandatsgebietes
seinen ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß der
neue Mandatsstaat die früher für das Man-
datsgebiet bestehenden finanziellen Verpflich-
tungen erfüllt. Nach diesem Bericht wird den Mandats-
staaten die Entscheidung überlassen, ob sie die Gültigkeit bestehen-
der Verträge mit Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes auch
auf das Mandatsgebiet ausdehnen wollen. Immerhin spricht sich
der Rat für die Ausdehnung solcher Verträge auf die Mandats-
gebiete aus und erbittet von den Mandatsmächten die Angabe
ihres Grundes, wenn sie derartige Verträge auch für ihre Man-
datsgebiete nicht ausdehnen können.

Eine Denkschrift zur Mosulfrage.

w. London, 15. Sept. (Tel.) Dreißig hervorragende Mit-
glieder der Vereinigung für den nahen und mittleren Osten
haben an den Außenminister Chamberlain eine Denkschrift ge-
schickt, worin eine gerechte Regelung der Mosulfrage im Ein-
vernehmen mit den Türken verlangt und die Beibehal-
tung des britischen Mandats auf 25 Jahre über
den Irak als ein furchtbares Risiko, sowohl in mili-
tärischer als auch wirtschaftlicher Beziehung bezeichnet wird.

w. London, 15. Sept. (Draht.) Reuter meldet aus
Genf: Die britische Regierung hat Nachrichten erhalten, wonach
die Türken christliche Dörfer in dem umstrittenen
Mosulgebiet umzingelt und die Einwohner in
nördlicher Richtung vertrieben haben. Einigen Vertrie-
benen gelang es, über die Grenzlinie zu entkommen. Der briti-
sche Kolonialminister hat diese Angelegenheit dem Völker-
bundsrat unterbreitet.

Die letzten Meldungen.

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn.
tu. Berlin, 15. Sept. (Tel. unseres Korrespondenten.) Zum
Lohnkonflikt bei der Reichsbahn erfahren wir, daß sich die
Reichsbahnerverwaltung entschlossen hat, den
Schiedspruch anzunehmen, die Arbeitnehmer
sich jedoch abgelehnt haben. Es ist mit Wahrscheinlichkeit da-
mit zu rechnen, daß er durch das Reichsarbeitsministerium ver-
bindlich erklärt wird.

Offizieller Empfang der japanischen Flieger.
tu. Berlin, 15. Sept. (Tel.) Die japanischen Flieger
werden morgen nachmittag auf dem Tempelhofer Feld vom
Vater der Luftfahrt-Abteilung im Reichswestministerium,
Ministerialrat Brandenburg, empfangen werden. Am
Freitag gibt der Reichsverkehrsminister ein Frühstück zu dem
die japanische Botschaft, sowie Vertreter der Reichs- und
Staatsbehörden, der Presse, des Luftverkehrs und des Sports
geladen sind.

Zwei Streifenarbeiter von einem D-Zug getötet.
w. Raumburg, 15. Sept. (Tel.) In eine Streifen-
arbeiterkolonne fuhr heute früh nach 7 Uhr ein
aus Weiskirchen kommender D-Zug auf der Eisen-
bahn-Saalebrücke neben der „Senne“ bei Raumburg hinein.
Zwei Arbeiter wurden überfahren und auf der
Stelle getötet, die übrigen Arbeiter konnten rechtzeitig aus-
weichen.

Misogynismus.
w. Bülbingen, 15. Sept. (Tel.) Nach dem Genuß eines
gesüßten Bieres sind hier gestern 4 Personen, eine
Mutter mit ihrem Sohne und zwei Töchtern, erkrankt. Die
Mädchen sind im Krankenhaus gestorben. An dem Auskommen
des Sohnes wird gezweifelt. Die Mutter konnte gerettet
werden.

Entgleisung des Schnellzuges Basel-Boulogne.
w. Paris, 15. Sept. (Tel.) Der Schnellzug Basel-
Boulogne ist gestern auf dem Bahnhof von Bou-
logne entgleist. Die beiden letzten Wagen fuhren auf
den Bahnsteig und rannten ein Weichenstellergelände um.
Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Der
Sachschaden ist sehr bedeutend.

Mehdina von den Wababiten befehlt.
w. London, 15. Sept. (Tel.) Nach Blättermeldungen aus
Kairo haben die Wababiten Mehdiina die ohnehin Schwer-
fährten in ihren Bewegungen noch den Heilig-
tümern in irgendwelcher Schanden zugefügt worden. In
Saad, der seinen Erfolg auf funktentelegraphischem Wege
bekannt gab, verlangt jetzt die Kapitulation der Stämme in
der Umgebung der Stadt.

Räuber Geheidekammer.
h. Köln, 15. Sept. (Eig. Draht.) Weizen, Int. 23.4-24.6,
Weizen, ausl. 29-31, Roggen, Int. 18-18.25, Roggen, ausl.
21.75-22.75, Hafer, Int. 18-18.5, Hafer, ausl. 20-22, Futter-
gerste, ausl. 21.25-21.5, Wintergerste, Int. 21-21.5, Sommer-
gerste, Int. 24.25-25.75, Mais, gr. 20.75-21.25, Mais, kl. 22.75
bis 23.25, Roggenmehl, 70 Proz., Int. 25.5-27, Roggenmehl,
70 Proz., 29-30, Weizenmehl, 70 Proz., Int. 32.5-33.5, Weizen-
mehl, 70 Proz., 37-37.5, Weizenkleie, brutto, mit Sad
11-14, Kleinfuttermittel, Int. 15-15.5, Palmkuchen, Int. 17.5-19,
Leinkuchen, Int. 24.25-25, Sojabohnen, brutto, mit Sad 22.5
bis 23.5, Weizenheu, Int. 7-8, Weizenheu, Int. 8-9,
Rohheu, Int. 8-10, Roggenstroh, gepr. 2.3-2.5, Weizenstroh,
gepr. 2.3-2.5, Haferstroh, gepr. 1.8-2, Rohmehl 9 R-Mtl.
je 100 Kilo. Ruhige Haltung bei gedrückten Preisen und ge-
ringen Umsätzen.

Baumnotierungen.
h. Bremen, 15. Sept. (Eig. Draht.) Schlussnotierungen:
Dtl. 25.65-84, Dez. 25.83-82 (bez. 25.95), Jan. 25.88-82
(bez. 25.89), März 25.96-26.02 (bez. 25.98), Mai 26.08-22,
Juli 26.06-26.20.
h. Liverpool, 15. Sept. (Funktspruch.) Umsatz: 7000, Im-
port 1300, für den Export 100. Schlussnotierungen: loco
13.53, Sept. 13.14, Okt. 12.98, Nov. 12.90, Dez. 12.82, Jan. 12.87,
Febr. 12.84, März 12.91, April 12.90, Mai 12.93, Juni 12.88,
Juli 12.85, Aug. 12.75.
h. New York, 15. Sept. (Funktspruch.) Wollg. Schluss-
notierungen: loco 24.30, Sept. 23.83-87, Okt. 24.03-08, Dez.
24.42-46, Jan. 23.70-75, März 24.07-10, April 24.20-20,
Mai 24.33-37, Juli 24.00-00. Zufuhren: Atlantik 69 000,
Inland 61 000, Golf 8000, Frankreich 13 000.

Getreidenotierungen.
h. Chicago, 15. Sept. (Funktspruch.) Schlussnotierungen:
Weizen, Sept. 150 1/4, Dez. 150 1/4, Mai 153 1/4, stetig; Mais:
Sept. 94 1/2, Dez. 83 1/4, Mai 87 1/4, stetig; Hafer: Sept. 88 1/2,
Dez. 41 1/4, Mai 45 1/4, stetig; Roggen: Sept. 87 1/2, Dez. 82 1/4,
Mai 97 1/4, stetig.

soziell. Es ist die Reichsverfassung, die durch Vereinbarung
der Weimarer Koalitionsparteien zustande gekommen ist, —
durch Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratische Partei.
Diese Verfassung enthält die Grundlinien für die Gestaltung
des Schulwesens, die durch andere Gesetze weiter auszuführen
sind. Der bekannt gewordene Entwurf zu einem Reichsschul-
gesetz führt aber nicht aus, sondern umgeht die Verfassung.
Nun hat Dr. Spiecker in seiner Rede zum Ausdruck
gebracht, daß die Demokraten und Sozialdemokraten verstehen
mühten, daß es hinsichtlich des Reichsschulgesetzes für das Zen-
trum kein Kompromiß gäbe; wie sehr man aber auf dieser
Seite für diese Zentrumsforderung Verständnis hat, das ist
aus dem Titel aus der „Frankfurter Zeitung“ recht deutlich zu
erkennen. Und das möge man bei allem, was man jetzt zum
Hause Wirth in den Organisationen unserer Partei berät und
beschließt, nicht aus dem Auge lassen: Ein Schulgesetz, wie wir
Katholiken es fordern müssen, ist mit der Hilfe des linken
Schwerlich zu erreichen.

Wie anderswo haben auch die katholischen Arbeitervereine
des Bezirks Krefeld sich mit dem Austritt Wirths aus der Zen-
trumsfraktion befaßt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß
die Arbeiterfraktion sich der Entscheidung eines Parteitag
Vertrauen haben würde, wenn dieser Parteitag nach demo-
kratischen Grundsätzen beschließt würde; es dürften nicht
diesem, die sich für die geborenen Privilegierten halten,
maßgebend auf ihm sein. Dieser Bemerkung ist die Berechtigung
nicht abzuprehen. Nach dem geltenden Parteistatut finden
keine Wahlen von besonderen Parteitag-
belegierten statt. Diese Delegierten sind vielmehr schon
auf Grund früherer Wahlen innerhalb der Parteioorganisationen
bestimmt. Der jetzige Parteitag kann natürlich nur nach dem
geltenden Parteistatut beschließt werden. Es dürfte freilich an
der Zeit sein, dieses Statut, wenigstens was die Zusammen-
setzung des Parteitages anlangt, zu reformieren.

Mißlungener Spaltungsversuch.

tu. Berlin, 15. Sept. (Tel. unseres Korrespondenten.) Die
unmittelbar nach Dr. Wirths Austritt aus der Zentrums-
fraktion des Reichstages in Berlin gegründete Ortsgruppe
der Christlich-sozialen Partei hat in einer eigens
für den Zweck veranstalteten Versammlung in Berlin ver-
sucht, einen Teil in die Berliner Zentrums-
partei zu treiben. Dieser Versuch ist aber gänzlich
mißlungen. Die Versammlung war hauptsächlich von Mit-
gliedern der Berliner Zentrumspartei besucht, die den Ver-
suchen der Christlich-sozialen Partei entschieden entgegengetreten.
Von verschiedenen Rednern wurde angeführt, solange Wirth
beim Zentrum bleibe, verlange die Parteibildung, daß jeder
Wirt in der Partei unterlassen werde. Zunächst sei jedenfalls
abzuwarten, was der Reichsparteitag im No-
vember beschließen werde. Das Ergebnis der Ver-
sammlung war, daß die geplante Gründung einer Bezirks-
gruppe der Christlich-sozialen Partei in den einzelnen Berliner
Stadtteilen unterbleiben muß.

Der Finanzetat vor dem Landtagsausschuß.

Landwirtschaftliche Professur an der Münchener Universität
und preußischer Haushaltsplan.

tu. Berlin, 15. Sept. (Tel.) Das preußische Staats-
ministerium hat jetzt zu der gutachtlichen Aeußerung des
preußischen Staatsrats zum Entwurf eines Gesetzes über die
Feststellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1925 Stellung
genommen. — Zum Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung
wird in der Stellungnahme des Staatsministeriums u. a.
ausgeführt: Das Staatsministerium ist bereit, in eine erneute
Prüfung der Frage nach Durchführung eines vollen
landwirtschaftlichen Unterrichts an der Uni-
versität Münster sowie nach alsbaldiger Zulassung einer
Vorbereitung für praktische Landwirte und Diplomlandwirte
dabei einzutreten. Dabei lassen sich jedoch angesichts des
Umfandes, daß an der Universität Münster bisher landwirt-
schaftliche Professuren und die zugehörigen kollektiven landwirt-
schaftlichen Einrichtungen noch nicht vorhanden sind, bei der jetzigen Lage
der Staatsfinanzen von vornherein die Schwierigkeiten für die
Erreichung des erstbezeichneten Zieles nicht verkennen.

tu. Berlin, 15. Sept. (Tel.) Im Hauptauschuß des Land-
tages beschäftigte sich Finanzminister Dr. Höpfer-Wischhoff
gestern in etwa zweistündiger Rede mit den Finanzverhand-
lungen, die dem Reichsfinanzausgleich vorgegangen
sind. Die Länder, so hob der Minister hervor, haben für sich
durch das einmütige und geschlossene Auftreten der Finanzmini-
ster ergibt, daß ihnen zunächst eine Gesamtüberweisung von
2,1 Milliarden garantiert sei. Die Verhandlungen bedeuteten
allerdings einen Sieg der Reichsregierung. Die Ver-
luste, die Preußen durch den Friedensvertrag erlitten hat, wer-
den auf 3,6 Milliarden beziffert. Davon habe Preußen bis
jetzt 65 Millionen erhalten, und es müsse mit weiteren Anprü-
chen an das Reich herantreten werden. Als Anteil
Preußens an der Reichseinkommensteuer werden im Jahre 1925
1008 Millionen erwartet, an der Körperschaftsteuer 112 Millionen, an der Umsatzsteuer 257,5 Millionen
Markt. Die Grundvermögenssteuer, die mit 170 Millionen
veranschlagt ist, kann auf 200 Millionen festgesetzt werden. Die
Mehreinnahmen der letzten Monate rechtfertigen die Annahme,
daß die Hausinssteuer im Jahre 1925 730 Millionen Markt
erbringen werde. Infolge der Mehrausgaben bei einzelnen
Titeln, insbesondere bei den Beamtengehältern, entsteht ein
Fehlbetrag von 220 Millionen, der nur durch Er-
höhung der Hausinssteuer gedeckt werden könne. Weiter er-
klärte der Minister, die Miete müsse am 1. April 1926
100 Prozent betragen. Am 1. Januar müßten den Hausbe-
sitzern weitere 2 Prozent für Vorkaufung gewährt werden. Es
sei beabsichtigt, am 1. November die Hausinssteuer um
8 Prozent zu erhöhen und davon 4 Prozent für den
Staat und vier Prozent für die Gemeinden zu bestimmen. Der
Staat erhalte dann noch 40 Millionen Markt. Der dann ver-
bleibende Fehlbetrag von 181 Millionen Markt müsse aus den
Ueberschüssen von 1924 gedeckt werden. Sparmaßnahmen könne nur
gelöst werden durch Einschränkung der Personalausgaben. Diese
machten 75 bis 78 Prozent der Gesamtausgaben aus. Die Um-
formung der einzelnen Ressorts für 1925 übersteige aber den
Anschlag um 100 Millionen Markt.

Der Ausschuß legte am Dienstag die Vorbereitung des Haus-
haftes der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr
1925 und die mit ihm verbundene Besprechung der dritten
preußischen Steuernotverordnung fort. In der Aussprache
wurde fast von allen Rednern dem preußischen Finanzminister
der Dank ausgesprochen für die grundsätzliche und klare Art, mit
der er die Ueberleitung über die preußischen Finanzen am Vortage
gegeben habe, sowie für seine musterhafte Führung der deutschen
Finanzminister im Kampfe um den Finanzausgleich. Abg.
Heden (Dnl.) war, entgegen der Auffassung des Ministers des
Innern, der Ansicht, daß zur Unterbindung von Fi-
nanzskandalen ein Durchgreifen mit schärfsten
Mitteln notwendig sei. Weiter soll der Mehrbetrag der den
Gemeinden und Gemeindeverbänden nach dem neuesten Stand
zuführenden Reichssteueranteile in Höhe von 187 Millionen
nicht zur allgemeinen Ausschüttung gelangen, sondern zum Teil
als Ausgleichsfonds zur Bewilligung von Zuschüssen an no-
tleidende Gemeinden, zum Teil für die Ausgaben des Staates
verfügbar gemacht werden. Nur unter der Voraussetzung, daß

Der sozialdemokratische Parteitag.

Gegen eine Rehabilitierung Dr. Feigens und Ablehnung
des Volkstumsbundes über das Washingtoner Abkommen.

tu. Dresden, 15. Sept. (Tel.) Die sozialdemokratischen Blät-
ter Sachsen haben schon vor Wochen von dem sozialdemo-
kratischen Parteitag in Heidelberg verlangt, daß er Feigen-
ren solle. Tatsächlich haben sich dann auch Abg. Feig,
Wiemer, Wiedner und Genossen kampfbereit gestellt, in Heidelberg
den Parteitag für ein solches Begünstigungstelegramm zu gewin-
nen, sie sind jedoch überall abgewiesen worden. Vor-
 allem haben die sächsischen Delegierten entschieden abgelehnt,
sich an einer solchen Kundgebung zu beteiligen. Selbstverständlich
hat es auch die Leitung des Parteitages weit von sich gewiesen,
ein solches Telegramm, selbst, wenn es schon beantragt worden
wäre, auch nur zu verlesen.

tu. Heidelberg, 15. Sept. (Tel.) Der sozialdemokratische
Parteitag trat heute in die Aussprache über den Parteivor-
standsbericht. Verschiedene Redner aus Frankfurt protestierten
zunächst gegen die Angriffe, die in dem Bericht des Parteivor-
standes gegen die Frankfurter Genossen gerichtet wurden. Oppo-
sition sei manchmal ein verantwortungsvolleres Amt als die
Mitläuferei. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands müsse
wieder zu ihrer Klassenkampfpolitik zurückkehren. Abg. Fleiß-
ner aus Dresden erklärte, daß man über den Verlust von
100 000 Mitgliedern nicht so leicht hinweggehen dürfe,
wie es der Vorstandsbericht tue. Im weiteren Verlauf der all-
gemeinen Aussprache über den Parteivorstandsbericht erklärte
Liebmann aus Leipzig mit Bezug auf die Barmaffäre,
daß eine Reihe prominenter sozialdemo-
kratischer Führer nicht die nötige Distanz ge-
halten haben gegenüber einem Mann, der in sehr kurzer
Zeit zum Millionär geworden sei. In der alten Partei unter
Bebel wären solche Führer sofort erledigt gewesen. Wollf
Hoffmann aus Berlin forderte einen gründlichen
Wechsel im Verhalten zum Zentrum und zu
den bürgerlichen Parteien.

In der weiteren Aussprache nahm auch Abg. Scheide-
mann das Wort. Er erklärte, daß die Art, wie Dr. Feig
in den Tod gehetzt worden sei, viel schlimmer sei, als
das offene brutale Vorgehen der Erzberger- und Rathenau-
Mörder. Ohne Kompromisse sei heute keine Po-
sition zu führen. Die Stellung der Sozialdemokratie zum
Staat sei eine ganz andere geworden. Abg. Hellmann, Berlin,
bebaute, daß vor allem in der sächsischen Parteipresse den
verleumdeten Genossen in der Barmaffäre die Sozialdiktat
verlegt worden sei. Demgegenüber erklärte Müller-Leipzig, daß
die Beziehungen prominenter Persönlichkei-
ten zu Barmaffäre nicht zu leugnen seien. Im In-
teresse der Reinlichkeit der Partei müßten die Dinge geklärt wer-
den. Nach weiterer Aussprache trat dann die Mittagspause ein.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht sprach in der
Nachmittagsitzung als erster Hermann Müller-Franken.
In der Barmaffäre, so erklärte er, werde es getan, als
wäre schon jede Betankung mit Barmaffäre kompromittierend.
Als aber zum ersten Male Führer der Sozialdemokratie mit Bar-
maffäre in Amsterdam zusammengekommen seien, verzeihen
auch Branting, Troelsz und andere inter-
nationale Sozialistenführer in diesem Hause.
Bei der Präsidentenwahl seien auch Ebert, Loebe und selbst
Braun für die Aufstellung einer republikanischen Sammelkandi-
datur im ersten Wahlgang gewesen. Die Sozialdemokratie
werde bei ihrer Politik daran denken müssen, daß sie in abseh-
barer Zeit wieder die Verantwortung für die Regierungspoli-
tik übernehmen müssen.

Nach weiterer Debatte über den Geschäftsbericht wurde über
eine Reihe von Anträgen abgestimmt. Abgelehnt wurde u. a.
ein Antrag auf Einleitung eines Volkstums-
bundes über den Wirtschaftstag und die Zoll-
vorlage.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ für das bestete Gebiet verboten.

w. Berlin, 15. Sept. (Draht.) Die „Deutsche Allgemeine
Zeitung“ ist von der Besatzungsbehörde vom 20. September an
auf drei Monate für das bestete Gebiet verboten worden.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 16. September 1923.

3. Hohes Alter. Am morgigen Tage feiert Herr Franz Kowal, Rheinstraße 20, ein langjähriger Abonnent unserer Zeitung, seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar erfreut sich noch einer ausgezeichneten geistigen und körperlichen Rüstigkeit und Frische, er betätigt sich immer noch bei den Arbeiten in seinem Garten. Dem alten Herrn zu seinem Ehrentage unsern herzlichsten Glückwunsch!

3. Arbeitsjubiläum. Herr Wilhelm Beson, Barloerweg, konnte am Montag auf eine 25jährige Tätigkeit als Untermeister bei der Firma Driessen und Becker zurückblicken. Dem Jubilar unsern herzlichsten Glückwunsch!

3. Kreuzbündnis Liebfrauen. Am vergangenen Sonntag weihte das Kreuzbündnis Liebfrauen bei dem Bortener Bruderverein zu Gast. Mit dem 4-Uhr-Juge, gerade als ein starker Gewitterregen niederhing, trafen die Teilnehmer mit ihrem Präses, Herrn Kaplan Hartmann, ein. Nach einer Begrüßungsansprache des Herrn Kanonikus Bergmannschoff im Gefellenhause spielten Mitglieder des Bortener Kreuzbündnisses das Stück „Kumpenleier“, das von allen Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen wurde. Darauf blieb man noch einige Stunden im Saale des Herrn Bresser beisammen, wo Mitglieder des Bocholter und Bortener Vereins durch humoristische Vorträge in bester Weise für gute Stimmung Sorge trugen. Unter den Klängen der Mandolinen und Gitarren nahmen dann die Bocholter Abschied in der Erwartung, auch die Bortener Vereinsbrüder bald einmal in Bocholt begrüßen zu können.

3. Zentrumsparität, Bezirk 1. Am vergangenen Samstag Abend 8 Uhr fand im Musiksaal des Gefellenhauses eine Besprechung der Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen des Bezirks 1 der Bocholter Zentrumsparität statt. Nachdem der Vorsitzende, Herr Dr. van Laar, die Teilnehmer begrüßt und in einer kurzen Ansprache darauf hingewiesen hatte, daß verschiedene Fragen eine Aussprache innerhalb des Vorstandes erzwungen hätten, erteilte er das Wort Herrn Arbeitersekretär Schab zu seinem Referat. Der Redner beschäftigte sich in eingehenden Ausführungen mit den aus der Tätigkeit des Reichstages im letzten Jahre hervorgegangenen Gesetzen und wüßte insbesondere die erfolgreiche Mitarbeit der Zentrumsfraktion beim Zustandekommen der neuen Gesetzeswerke. Er erläuterte eingehend die neue Regelung der Aufwertungsfrage, die neuen Bestimmungen der Steuererträge und ging zuletzt auf die Zollvorlage ein. Vermöge seiner Kenntnis der Materie konnte der Redner den Anwesenden ein klares und anschauliches Bild dieser schwierigen und umfangreichen Ergebnisse der parlamentarischen Arbeit geben, durch die in mancher Hinsicht eine Erleichterung und Verbesserung des bisherigen Zustandes erreicht worden ist. Getreu ihrer Tradition hat die Zentrumsparität bei ihrer Mitwirkung auf die Wahrung der sozialen Belange besonderen Wert gelegt im Interesse des Ausgleichs zwischen den einzelnen Ständen und Klassen der Bevölkerung. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Aussprache, in der man auch auf die durch das Ausschneiden des Abgeordneten Dr. Wirth aus der Zentrumsfraktion des Reichstages entstandene Lage einging. Es trat die ziemlich einmütige Auffassung zutage, daß der Schritt Wirths ebenso wie die Handlungsweise des Abgeordneten v. Papen im Preußischen Landtag zu verurteilen sei. Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht zur Trennung führen, sondern werden durch eine Aussprache meist leicht zu beseitigen sein. Der Reichstagsfraktion gebühre für ihre Arbeit das Vertrauen der Wählerschaft. Aus allen Versicherungen klang das Bekenntnis zum Zentrumsgebot und der Wille zur Einigkeit. Mit der Bitte um treue Mitarbeit und Unterstützung und Worten des Dankes an den Redner des Abends wurde die Besprechung zum Abschluß gebracht. — Das durch das Scheitern des Herrn Gewerkschaftsführers Böing nach Düsseldorf erzielte Stadtparitätsmandat wurde von der Wahlkommission, deren Mitglieder zum größten Teil in der Versammlung anwesend waren, Herrn Klein-Liebling übertragen, jedoch die Zentrumsarbeiterschaft in der gleichen Stärke wie bisher im Stadtparlament vertreten bleibt.

6. Kaffhäuser-Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Bocholt. Die außerordentliche Generalversammlung, die am vergangenen Samstag im „Bürgertrug“ stattfand, war nicht besonders besucht. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe vom 1. Vorsitzenden, Kameraden D. Benning. Nachdem fünf Neuaufnahmen bekannt gemacht waren, erfolgte noch eine Anmeldung. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde genehmigt. Dann kamen verschiedene Anträge zur Abstimmung. An 5. Stelle standen die Wahlen des 1. sowie des 2. Schriftführers. Nach Verlesung eines Schreibens des bisherigen 1. Schriftführers durch den 1. Vorsitzenden, wonach der 1. Schriftführer seinen Posten aus Gesundheitsrücksichten niederlegt; und auch der 2. Schriftführer um die Wahl eines anderen Kameraden an seiner Stelle ersucht hatte, wurde Kamerad August Hebbing, Burggrafenstraße, zum 1. Schriftführer und Kamerad Karl Tade, Kaiser-Wilhelm-Straße, zum 2. Schriftführer einstimmig vorgeschlagen. Da letztere aber nicht anwesend waren, bleibt noch abzuwarten, ob sie die Wahlen annehmen. Im Interesse der guten Sache ist es zu hoffen, daß sie auf den Vorschlag eingehen und die Geschäfte so ausführen, wie es der bisherige 1. Schriftführer, Kamerad Böding, verstanden hat. Ersuchenweise leitete dieser mit, daß er wie bisher sämtliche Arbeiten betreffend „Verjüngung und Fürsorge“ erledigen werde, was von den Anwesenden sehr begrüßt wurde. Alsdann erteilte der 2. Vorsitzende, Kamerad Böing, Bericht über die Sitzung im Bezirksfürsorge-Ausschuß, aus dem hervorging, daß die Kartoffel-Verjüngung für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebenen und Zufahrtberechtigten Kriegsbeschädigte, wie früher von staten ging. Unter Punkt Verschiedenes kamen noch einige belanglose Angelegenheiten zur Sprache. Um 10 Uhr wurde die Versammlung durch den 1. Vorsitzenden geschlossen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die bisher der Ortsgruppe treu gebliebenen Kameraden und Kameraden weiterhin zur Fahne halten und die Anschrift derselben beherzigen, die da lautet: „In Treue fest.“ Möge die Ortsgruppe in diesem Sinne weiter blühen und geheißen zum Wohle der Kriegsopfer von 1914/18 und damit auch zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes.

B. Artillerie-Verband. Am vergangenen Sonntag, vorm. 11.30 Uhr, fand im Vereinslokal „Bürgertrug“ eine Monatsversammlung statt, zu der sich eine stattliche Anzahl Mitglieder eingefunden hatte. Die Versammlung wurde von dem zweiten Vorsitzenden eröffnet und bis zum Schluß geleitet. Es erfolgten drei Neuaufnahmen. Ein Mitglied stellte teilweise eine Fiktion für das Kommando. Ein Mitglied, welcher erforderlich war, wurde von einem Kameraden angeboten und vom Verein angekauft. Die nächsten Mitgliederversammlungen sollen während des Winterhalbjahres Sonntags nachm. 8 Uhr mit Damen im Vereinslokal stattfinden. Verschiedene interessante Punkte kamen zur Aussprache und wurden in der gewünschten Weise erledigt. Die Versammlung war gegen 12.30 Uhr zu Ende, worauf man zum gemütlichen Teil übergehen konnte. — Die nächste Monatsversammlung ist am 11. Oktober, nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

3. Kreuzbündnis Liebfrauen. Am vergangenen Sonntag weihte das Kreuzbündnis Liebfrauen bei dem Bortener Bruderverein zu Gast. Mit dem 4-Uhr-Juge, gerade als ein starker Gewitterregen niederhing, trafen die Teilnehmer mit ihrem Präses, Herrn Kaplan Hartmann, ein. Nach einer Begrüßungsansprache des Herrn Kanonikus Bergmannschoff im Gefellenhause spielten Mitglieder des Bortener Kreuzbündnisses das Stück „Kumpenleier“, das von allen Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen wurde. Darauf blieb man noch einige Stunden im Saale des Herrn Bresser beisammen, wo Mitglieder des Bocholter und Bortener Vereins durch humoristische Vorträge in bester Weise für gute Stimmung Sorge trugen. Unter den Klängen der Mandolinen und Gitarren nahmen dann die Bocholter Abschied in der Erwartung, auch die Bortener Vereinsbrüder bald einmal in Bocholt begrüßen zu können.

3. Zentrumsparität, Bezirk 1. Am vergangenen Samstag Abend 8 Uhr fand im Musiksaal des Gefellenhauses eine Besprechung der Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen des Bezirks 1 der Bocholter Zentrumsparität statt. Nachdem der Vorsitzende, Herr Dr. van Laar, die Teilnehmer begrüßt und in einer kurzen Ansprache darauf hingewiesen hatte, daß verschiedene Fragen eine Aussprache innerhalb des Vorstandes erzwungen hätten, erteilte er das Wort Herrn Arbeitersekretär Schab zu seinem Referat. Der Redner beschäftigte sich in eingehenden Ausführungen mit den aus der Tätigkeit des Reichstages im letzten Jahre hervorgegangenen Gesetzen und wüßte insbesondere die erfolgreiche Mitarbeit der Zentrumsfraktion beim Zustandekommen der neuen Gesetzeswerke. Er erläuterte eingehend die neue Regelung der Aufwertungsfrage, die neuen Bestimmungen der Steuererträge und ging zuletzt auf die Zollvorlage ein. Vermöge seiner Kenntnis der Materie konnte der Redner den Anwesenden ein klares und anschauliches Bild dieser schwierigen und umfangreichen Ergebnisse der parlamentarischen Arbeit geben, durch die in mancher Hinsicht eine Erleichterung und Verbesserung des bisherigen Zustandes erreicht worden ist. Getreu ihrer Tradition hat die Zentrumsparität bei ihrer Mitwirkung auf die Wahrung der sozialen Belange besonderen Wert gelegt im Interesse des Ausgleichs zwischen den einzelnen Ständen und Klassen der Bevölkerung. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Aussprache, in der man auch auf die durch das Ausschneiden des Abgeordneten Dr. Wirth aus der Zentrumsfraktion des Reichstages entstandene Lage einging. Es trat die ziemlich einmütige Auffassung zutage, daß der Schritt Wirths ebenso wie die Handlungsweise des Abgeordneten v. Papen im Preußischen Landtag zu verurteilen sei. Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht zur Trennung führen, sondern werden durch eine Aussprache meist leicht zu beseitigen sein. Der Reichstagsfraktion gebühre für ihre Arbeit das Vertrauen der Wählerschaft. Aus allen Versicherungen klang das Bekenntnis zum Zentrumsgebot und der Wille zur Einigkeit. Mit der Bitte um treue Mitarbeit und Unterstützung und Worten des Dankes an den Redner des Abends wurde die Besprechung zum Abschluß gebracht. — Das durch das Scheitern des Herrn Gewerkschaftsführers Böing nach Düsseldorf erzielte Stadtparitätsmandat wurde von der Wahlkommission, deren Mitglieder zum größten Teil in der Versammlung anwesend waren, Herrn Klein-Liebling übertragen, jedoch die Zentrumsarbeiterschaft in der gleichen Stärke wie bisher im Stadtparlament vertreten bleibt.

6. Kaffhäuser-Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Bocholt. Die außerordentliche Generalversammlung, die am vergangenen Samstag im „Bürgertrug“ stattfand, war nicht besonders besucht. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe vom 1. Vorsitzenden, Kameraden D. Benning. Nachdem fünf Neuaufnahmen bekannt gemacht waren, erfolgte noch eine Anmeldung. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde genehmigt. Dann kamen verschiedene Anträge zur Abstimmung. An 5. Stelle standen die Wahlen des 1. sowie des 2. Schriftführers. Nach Verlesung eines Schreibens des bisherigen 1. Schriftführers durch den 1. Vorsitzenden, wonach der 1. Schriftführer seinen Posten aus Gesundheitsrücksichten niederlegt; und auch der 2. Schriftführer um die Wahl eines anderen Kameraden an seiner Stelle ersucht hatte, wurde Kamerad August Hebbing, Burggrafenstraße, zum 1. Schriftführer und Kamerad Karl Tade, Kaiser-Wilhelm-Straße, zum 2. Schriftführer einstimmig vorgeschlagen. Da letztere aber nicht anwesend waren, bleibt noch abzuwarten, ob sie die Wahlen annehmen. Im Interesse der guten Sache ist es zu hoffen, daß sie auf den Vorschlag eingehen und die Geschäfte so ausführen, wie es der bisherige 1. Schriftführer, Kamerad Böding, verstanden hat. Ersuchenweise leitete dieser mit, daß er wie bisher sämtliche Arbeiten betreffend „Verjüngung und Fürsorge“ erledigen werde, was von den Anwesenden sehr begrüßt wurde. Alsdann erteilte der 2. Vorsitzende, Kamerad Böing, Bericht über die Sitzung im Bezirksfürsorge-Ausschuß, aus dem hervorging, daß die Kartoffel-Verjüngung für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebenen und Zufahrtberechtigten Kriegsbeschädigte, wie früher von staten ging. Unter Punkt Verschiedenes kamen noch einige belanglose Angelegenheiten zur Sprache. Um 10 Uhr wurde die Versammlung durch den 1. Vorsitzenden geschlossen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die bisher der Ortsgruppe treu gebliebenen Kameraden und Kameraden weiterhin zur Fahne halten und die Anschrift derselben beherzigen, die da lautet: „In Treue fest.“ Möge die Ortsgruppe in diesem Sinne weiter blühen und geheißen zum Wohle der Kriegsopfer von 1914/18 und damit auch zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes.

B. Artillerie-Verband. Am vergangenen Sonntag, vorm. 11.30 Uhr, fand im Vereinslokal „Bürgertrug“ eine Monatsversammlung statt, zu der sich eine stattliche Anzahl Mitglieder eingefunden hatte. Die Versammlung wurde von dem zweiten Vorsitzenden eröffnet und bis zum Schluß geleitet. Es erfolgten drei Neuaufnahmen. Ein Mitglied stellte teilweise eine Fiktion für das Kommando. Ein Mitglied, welcher erforderlich war, wurde von einem Kameraden angeboten und vom Verein angekauft. Die nächsten Mitgliederversammlungen sollen während des Winterhalbjahres Sonntags nachm. 8 Uhr mit Damen im Vereinslokal stattfinden. Verschiedene interessante Punkte kamen zur Aussprache und wurden in der gewünschten Weise erledigt. Die Versammlung war gegen 12.30 Uhr zu Ende, worauf man zum gemütlichen Teil übergehen konnte. — Die nächste Monatsversammlung ist am 11. Oktober, nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

B. Artillerie-Verband. Am vergangenen Sonntag, vorm. 11.30 Uhr, fand im Vereinslokal „Bürgertrug“ eine Monatsversammlung statt, zu der sich eine stattliche Anzahl Mitglieder eingefunden hatte. Die Versammlung wurde von dem zweiten Vorsitzenden eröffnet und bis zum Schluß geleitet. Es erfolgten drei Neuaufnahmen. Ein Mitglied stellte teilweise eine Fiktion für das Kommando. Ein Mitglied, welcher erforderlich war, wurde von einem Kameraden angeboten und vom Verein angekauft. Die nächsten Mitgliederversammlungen sollen während des Winterhalbjahres Sonntags nachm. 8 Uhr mit Damen im Vereinslokal stattfinden. Verschiedene interessante Punkte kamen zur Aussprache und wurden in der gewünschten Weise erledigt. Die Versammlung war gegen 12.30 Uhr zu Ende, worauf man zum gemütlichen Teil übergehen konnte. — Die nächste Monatsversammlung ist am 11. Oktober, nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

B. Artillerie-Verband. Am vergangenen Sonntag, vorm. 11.30 Uhr, fand im Vereinslokal „Bürgertrug“ eine Monatsversammlung statt, zu der sich eine stattliche Anzahl Mitglieder eingefunden hatte. Die Versammlung wurde von dem zweiten Vorsitzenden eröffnet und bis zum Schluß geleitet. Es erfolgten drei Neuaufnahmen. Ein Mitglied stellte teilweise eine Fiktion für das Kommando. Ein Mitglied, welcher erforderlich war, wurde von einem Kameraden angeboten und vom Verein angekauft. Die nächsten Mitgliederversammlungen sollen während des Winterhalbjahres Sonntags nachm. 8 Uhr mit Damen im Vereinslokal stattfinden. Verschiedene interessante Punkte kamen zur Aussprache und wurden in der gewünschten Weise erledigt. Die Versammlung war gegen 12.30 Uhr zu Ende, worauf man zum gemütlichen Teil übergehen konnte. — Die nächste Monatsversammlung ist am 11. Oktober, nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

In den nächsten Tagen

ziehen die Briefträger die Bezugsgebühren für den Monat Oktober ein. Wir bitten die Bezüge auf dem Lande, gleich beim ersten Vorzeigen der Quittung den Betrag zu bezahlen, damit in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt. Später nehmen nur die Postanstalt und unsere Geschäftsstellen Bestellungen entgegen.

Bocholter Volksblatt.

3. Verkehrsunfall. Am Montag Nachmittag wollte ein junges Mädchen auf der Raradstraße mit dem Fahrrad ein Fuhrwerk überholen, und zwar — entgegen den Verkehrsregeln — auf der rechten Seite. Da das Fuhrwerk gerade einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Wagen ausweichen mußte, wurde das Mädchen gegen den Bürgersteig gedrängt und kam zu Fall. Während es selbst glücklicherweise keine Verletzungen davontrug, wurde das Fahrrad zertrümmert. — Der Vorfall beweist erneut, wie wichtig es ist, die im Interesse der Verkehrssicherheit erlassenen Vorschriften zu beachten.

3. Bevorstehende Erleichterung im Grenzverkehr. Ein holländisches Kammermitglied richtete an den holländischen Justizminister folgende Anfrage: „Ist der Minister bereit, mit seinem Kollegen des Neuherrn zu überlegen, ob nicht die Zeit gekommen, Verhandlungen einzuleiten, damit der Grenzverkehr zwischen den Niederlanden und Deutschland wieder frei wird, wie solches vor 1914 der Fall gewesen?“ Darauf hat der Minister folgendes geantwortet: „Überlegung mit dem Minister des Neuherrn über die Möglichkeit, im Verkehr mit Deutschland den Visum-Zwang abzuschaffen, ist bereits längere Zeit im Gange. Es ist aber zu beachten, daß auch andere Interessen in Frage kommen, als welche ihm unterstehen. Erst wenn in dieser Hinsicht eine Entscheidung getroffen, wird es zweckmäßig sein, dem ganzen Problem des Grenzverkehrs näher zu treten.“

a. Rentenzahlung für Kriegsbeschädigte. Kriegsbeschädigte, die im Dezember 1922 eine Rente von 20 Prozent bezogen haben und im Jahre 1923 mit 600 000 Mark zusätzlich 10 Prozent für jedes verorgungsberechtigte Kind abgefunden wurden, können auf Antrag einen Betrag von 50 Rentenmark erhalten, wenn sie seitdem nicht wieder rentenberechtigt geworden sind. Der Antrag muß bis zum 1. März 1926 beim Versorgungsamt Münster gestellt sein. Hierbei ist eine Bescheinigung darüber beizufügen, daß das Einkommen des Antragstellers den Betrag von durchschnittlich monatlich 200 Rentenmark nicht übersteigt.

1. Anhalt, 15. September. Feuerlöschprobe. Am vergangenen Samstag, abends 7 Uhr, fand auf der Schmelzstraße eine Feuerlöschprobe statt. Im Beisein verschiedener Mitglieder der hiesigen Familie, des Herrn Bürgermeisters Schulte, der freiwilligen Feuerwehr und eines großen Teiles der Bevölkerung führte ein Vertreter der Flammwerke, Wabbe, den Trockenfeuerlösch „Flammar“ vor. Eine mit Teer bestrichene und mit Benzin überzogene Holzbohle wurde angezündet und brannte heftig. Nachdem der Flammar-Apparat etwa 1 1/2 Minuten gearbeitet hatte, war das Feuer vollständig gelöscht. Interessant war vor allen Dingen, daß diejenigen Stellen, die das Pulver berührt hatte, nachher durch die Flammen nicht mehr in Brand gerieten. Bei einer darauffolgenden Löschprobe mit einem Minimax-Apparat gelang es nicht in so schneller Zeit, das Feuer zu löschen. Allem Anschein nach handelt es sich bei dem Trockenfeuerlösch „Flammar“ um einen guten Apparat, mit dessen Hilfe mancher große Brand verhütet werden kann. Die Zuschauer folgten mit Interesse den Vorführungen und dürften durch die Leistungen des Apparates überzeugt worden sein. Wie wir erfahren, wurden auch sofort von einzelnen Anwesenden „Flammar“-Apparate zum Kauf bestellt.

e. Buxlo, 15. September. Kriegerfest. Am Sonntag und Montag feierte der Kriegerverein sein diesjähriges Sommerfest. Am Sonntag Morgen fand ein Frühstückenkonzert statt. Bei dieser Gelegenheit wurden seitens des Vorsitzenden Dahlhaus Kriegsergebenheiten verteilt. Sonntag Nachmittag war der Empfang der auswärtigen Vereine Sildobn und Wefese. Hiernach hielt Herr Lehner Laas aus Borken als Vertreter des Kreisriegerverbandes vor. Gebührend eine feierliche Ansprache, worauf er die Verteilung von Ehrenkreuzen an drei Kameraden vornahm. Sodann fand ein Festball im Festzelt statt. Am Montag wurden vor dem Seelenamt die gefallenen Krieger durch Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal in der Kirche geehrt. Nachmittags erlebten die Teilnehmer noch recht gemütliche Stunden beim Festball. Am Abend fand die Veranstaltung, ein wirkliches Volksfest, ihr Ende.

e. Gemen, 15. September. Feuerlöschprobe der Schiffer. Am Montag weihte eine Abordnung vom Preußischen Feuerwehrverband hier, um eine Besichtigung der Schiffer Gemen, Welen und Raesfeld vorzunehmen. Der Zweck der Besichtigung war, die Feuerlöschprobe der Burgen und Schiffer möglichst zu heben. Wie nach in Erinnerung stehen wird, sind in den letzten Jahren wiederholt feuerige Brände auf Burgen und Schiffern, wie Schloß Anholt und Burg Elb aufgetreten. Abgesehen von dem Materialschaden werden hierdurch Kulturgüter und unerfugliche Werte, wie Sammlungen usw. vernichtet. Das Schloß in Gemen hat seit einigen Jahren eine Motorpumpen. Von hier aus geht die Fahrt nach weiteren Burgen und Schiffern, wie Burg Elb usw. Vom hiesigen Kreise wird an der ganzen Fahrt Herr Kreisbrandmeister Fischer aus Bocholt teilnehmen.

***Coesfeld, 15. September. Selbstmord.** Ein beschäftigungsloser Maurer Adam Wächter aus Oberbayern hat sich in der Nacht zum Sonntag in dem von der Polizei ihm zugewiesenen Obdachlosenstall, Waltenbrückerstr., durch Erhängen das Leben genommen. Der Mann, aus dessen beigeleierten Arbeitskleidern hervorging, daß er noch kürzlich, solange ihm Gelegenheit gegeben war, fleißig gearbeitet hat, ist eines der traurigen Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse.

Vom Niederrhein.

3. Empel, 15. September. Herbstrennen. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Reiterverein Rees auf der großen Rennwiese in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes sein diesjähriges Herbstrennen, das bei im Allgemeinen ziemlich günstiger Witterung und abgesehen von einem kleinen unglücklichen Zwischenfall einen schönen Verlauf nahm. Vor einem zahlr. Publikum wurden interessante Kämpfe durchgeführt, u. zwar: 1. Vereins-trabreiten (Abt. A und B), 2. Landwirtschaftliches Trabreiten, 3. Trabfahren um den Preis von Rees, 4. Jagdspringen (Klasse W), 5. „Müd auf“, Ponting-Trabreiten, 6. Prinz Emmanuël-Erinnerungs-Trabreiten, 7. Trabfahren um den Preis von Empel, 8. Hindernisrennen. Ein während des Rennens verlostes Trabersohlen gewann Herr Eddy Sanders-Jffsburg. Nach Schluß des Rennens fand im Gasthof Reiter die Preisverteilung statt, worauf die Veranstaltung mit einem Festball endete.

***Wesel, 14. September. Jahraufendfeier.** Am vergangenen Samstag und Sonntag beging die Stadt Wesel die Jahraufendfeier der Rheinlande Samstag nachm. 8 Uhr wurde die Nieder-rheinische Kunstschau des Kreises Rees im Schloß der Rheinischen Herzöge am Kornmarkt durch den Herrn Bandrat Dr. Schneemann eröffnet. Die Ausstellung weist eine Fülle wertvoller Kunstgegenstände aus der tausendjährigen Geschichte des Niederrheins auf und fand schon in den ersten Tagen einen starken Besuch aus nah und fern. Eine Besichtigung der in einzelnen Abteilungen übersichtlich zusammengestellten Werte wird einem jeden, der das Schaffen vergangener Generationen und die Leistungen unserer Zeit auf den verschiedensten Gebieten der Kunst kennen lernen möchte, interessante Aufschlüsse geben. Der Samstag schloß mit einem Festakt in der Weselhalle. — Am Sonntag nachmittag bewegte sich ein imposanter Festzug der Innungen und Vereine vom Hofe des Messegeländes aus durch die mit Flaggen reich geschmückten Straßen der Stadt zu den Anlagen des Bürger-Schützenvereins. In dem fast zwei Stunden langen Zuge sah man schöne und wirkungsvolle Darstellungen aus dem Leben der einzelnen Gewerbebezirke, aus den verschiedensten Entwicklungsstufen der Handwerkskunst, bei deren Vorbereitung und Zusammenstellung die einzelnen Innungen wirklich Außerordentliches geleistet hatten. Auch eine Abteilung Lügger und eine Abteilung Schiffer Reiter wirkte überaus schön. Ungeheure Menschenmengen umfüllten die Straßen, die der Zug berührte. Nach der Ankunft im Schützenhaus war ein Festkonzert, ausgeführt von den vereinigten Weseler Männer-gesangsvereinen unter Mitwirkung des Weselerischen Orchesters. Abends 8 Uhr wurde auf der Schützenwiese ein prächtiges Feuerwerk abgebrannt. — Die Stadt wies während des ganzen Tages einen starken Fremdenbesuch auf.

***Wesel, 15. September. Schweinemarkt.** Auf dem gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben 856 Tiere. Es kosteten 4-6 wöchige 20-25 Mark, 6-8 wöchige 25-30 Mark, 8-13 wöchige 30-35 Mark, Läuferfische 40-50 Mark. Das Geschäft war schleppend. Nächster Markt am 28. September.

Turnen, Sport und Spiel.

:: B. J. C. 1900. Am vergangenen Sonntag fand die 1. Mannschaft B. J. C. 1900 im zweiten Meisterschaftsspiel der 1. Mannschaft „Elmar“, Alsteden gegenüber. Nachdem 1900 zunächst eine Zeitlang geführt hatte, kam es vor der Pause zum Ausgleich. In der 2. Halbzeit erzielte der Gegner dann in regelmäßigen Abständen noch vier Tore, so daß 1900 das Spiel mit 5:1 verlor.

:: „Rund durchs Münsterland.“ Der Radfahrer-Verein „Wanderlust“ 1898 Bocholt veranstaltete am kommenden Sonntag seine neunte Wiederholung der weit über Bocholts Grenzen bekannten Radwettbewerbsfahrt „Rund durchs Münsterland“ über 202,5 Kilometer auf der Strecke: Bocholt, Rhebe, Borken, Geseke, Coesfeld, Darup, Rotteln, Appelhülsen, Münster, Borchdorf, Burgheinfurt, Ostrop, Gronau, Ahau, Stalhorn, Sildobn, Wefese, Gemen, Rhebe, Bocholt. Start morgens 8 Uhr am Restaurant Ahoff, Münsterstraße, Kilometerstein 8,8. Das Ziel ist ebenda selbst. Wie im Vorjahre, so wird auch in diesem Jahre wieder in zwei Klassen gefahren. Nach einer Vorgabe von zehn Minuten für die Alters- und Beklassifizierung wird um 8.10 Uhr das Rad der A-Klassenfahrer auf die Reise geschickt. Bezüglich der Fahrtrasse ist ganz besonders der Daruper Berg zu erwähnen, wo jeder Fahrer seine Kraft und Energie voll und ganz in Anspruch nehmen muß, getreu der Losung: „Durch harten Kampf zum Sieg“. Doch auch zwischen Münster und Gronau sind bekanntlich noch manche Steigungen, wenn auch nicht so erheblich, die jedoch den Fahrern in mancher Beziehung schwer zufallen. Von Gronau geht die Strecke über ständes Gelände bis zum Ziel in Bocholt, wo nachmittags gegen 3.15 Uhr die Spitzenreiter eintreffen werden. Bei gutem Rennwetter, das der Veranstaltung zu wünschen ist, kann man damit rechnen, daß nach den bereits eingegangenen Meldungen die nächsten Sieger in kurzen Abständen folgen werden. Den Siegern winken wertvolle Ehrenpreise, welche bereits im Schaufenster der Firma Th. Webbing, Rhebe, sowie im Schaufenster des Herrn Ludwig Hallen, Bocholt, am Ostermarkt, zur Ausstellung gelangt sind, worauf besonders das radportliebende Publikum aufmerksam gemacht wird. Trotzdem der Verein während des letzten Jahres manche schwere Krise durchgemacht hat, hat er es sich nicht nehmen lassen, für die Fahrer würdige Preise zur Verfügung zu stellen. Durch Unterstützung weiterer Kreise konnte dies ermöglicht werden. Besonderer Dank gebührt der Firma Th. Webbing, Rhebe, durch deren Vermittlung von den Meisterschaften in Bielefeld eine Rennmaschine als Siegespreis gestiftet wurde. — Abends 5 Uhr beginnt im „Großen Kurfürsten“ die Siegesfeier, bestehend in Konzert, Reigenfahren, Radballspiel, Preisverteilung mit anschließendem Langtränzen, wozu alle Freunde und Gönner des Radports herzlich eingeladen sind. Alles Nähere siehe Anzeige in der Sonntagsnummer.

Verantwortlich für den totalen Teil: Dr. W. Schmitz, Bocholt, für den totalen Anteil: Joh. Kempten, Bocholt.

Der heutigen Auflage unserer Zeitung liegt ein Prospekt bei, mit welchem die Firma

Temming und Heilborn, Bocholt i. W., zum Bezuge der Zeitschrift „Münsters-Blatt der Hausfrau“ einlädt.

„Münsters-Blatt der Hausfrau“ ist das billigste große Frauen- und Familienblatt. Es bietet: Einfache, geschmackvolle Modelle zur Selbstschneiderei nach Münsters-Schnittmustern; großen hauswirtschaftlichen Teil, in dem alle Fragen für Küche, Haus und Garten erörtert werden; eine Rubrik: „Wer weiß Rat?“ zum Gedankenaustausch der Leserinnen; umfangreichen Unterhaltungsteil mit spannenden Romanen, Rätseln, Novellen, Stützen und Humor.

Jung genohnt - alt getarnt.

Dieses Sprichwort sollte in großen Lettern über jedem Kinderwaschbecken stehen. Wer in der Jugend gewöhnt wird, auf sein Aussehen zu achten und die Regeln der Hygiene zu befolgen, wird auch im Alter daran festhalten. Darum soll man seinen Kindern regelmäßig das Haar mit dem Teilchen der Haarpflege, dem Kopfwaschmittel „Schwarzkopf-Schaum“, waschen, sie werden dann, beglückt von der überraschenden Wirkung, auch später die Kopfwäsche selbst besorgen und sich so ihr Haar glänzend, locker und gesund erhalten. Man verlange daher beim Kauf das oben genannte Fabrikat, kurz gesagt: „Schwarzkopf-Schaum“, und kann gewiss sein, das beste, wirkungsvollste und beliebteste Kopfwaschmittel zu erhalten.

Dr. Schlinck

1000